

Schweizer Wirtschaft als aktiver Partner in der Klimapolitik

dossierpolitik

14. November 2011 Nummer 18

Durban 2011 In Cancún wurde vor einem Jahr der klimapolitische Verhandlungsprozess wieder ins Rollen gebracht. Leider ist es nur bei abstrakten Absichtserklärungen geblieben – etwa zur Einhaltung des 2-Grad-Celsius-Ziels. Verhandlungen über die Verlängerung oder Anknüpfung an das Kyoto-Protokoll und die Ausdehnung auf weitere Staaten sind hingegen ausgeblieben. Selbst in der EU nimmt die Bereitschaft ab, hohe Klimaschutzziele aufrechtzuerhalten, wenn nicht weitere Staaten vergleichbare Pflichten auf sich nehmen. Hinzu kommt, dass die Kernenergie in Deutschland und der Schweiz nach den Ereignissen von Fukushima nur noch während der verbleibenden Laufzeit der Reaktoren zum Klimaschutz beitragen wird. Trotz ungleicher Rahmenbedingungen bekennt sich die Schweizer Wirtschaft weiterhin zum aktiven Klimaschutz und geht mit erfolgreichen Beispielen voran. Dennoch kann die generationenübergreifende Herausforderung nur gelingen, wenn möglichst viele Staaten dabei sind.

Position economiessuisse

▶ economiessuisse setzt sich dafür ein, dass die Schweiz in Durban eine aktive Rolle wahrnimmt und aufzeigt, wie eine künftige Klimapolitik gestaltet werden kann.

▶ Der bisherige Weg der Schweiz, auf Anreize sowie freiwillige Massnahmen und Investitionen der Wirtschaft zu setzen, hat sich als überaus erfolgreich erwiesen. Die Klimapolitik der Schweiz und damit die Einhaltung der Kyoto-Ziele würden ohne die Leistungen der Wirtschaft kläglich scheitern.

▶ Der bisherige Mix aus Inlands- und Auslandsmassnahmen garantiert, dass die Schweiz ihren klimapolitischen Beitrag im internationalen Kontext weiterhin optimal erbringen kann. Im neuen CO₂-Gesetz muss darauf geachtet werden, dass die Schweizer Massnahmen nicht nur inlands-, sondern auch auslandsorientiert sind.

Klimaschutz: Die Wirtschaft weist den Weg

► Für die Schweiz ist vor allem die Entwicklung der EU-Klimapolitik von Bedeutung.

Schwieriges Ringen um ein neues Klimaabkommen

Nachdem Erfolge bereits am Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 ausgeblieben sind, kommen die internationalen Verhandlungen nur noch sehr langsam voran. Nach dem letztjährigen Gipfel in Cancún sind weder Fortschritte in der Frage der Weiterführung des Kyoto-Protokolls noch in der Ausdehnung der Anwendung der Klimakonvention sichtbar. Dies ist sehr bedauerlich, da mit dem Kyoto-Protokoll gute Rahmenbedingungen für den Aufbau einer emissionsarmen Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern gegeben wurden. Für die Schweiz ist in erster Linie die Entwicklung der Klimapolitik der EU von Interesse. Die EU-Kommission hat in jüngster Zeit jedoch angekündigt, keine weiteren Verpflichtungen zu übernehmen, sollte dies Nachteile für die Wirtschaft und eine Verteuerung der Stromversorgung nach sich ziehen. Für die Schweiz wären hohe Klimaschutzziele ohne internationale Einbindung indes kaum tragbar.

Der bisherige Schweizer Weg bewährt sich

Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich. Über den Erfolg der Klimapolitik entscheiden letztlich nationale und internationale Rahmenbedingungen. Der bisherige Weg der Schweiz, auf Anreize sowie freiwillige Massnahmen beziehungsweise Investitionen der Wirtschaft zu setzen, hat sich als erfolgreich erwiesen. Mit den heutigen Mechanismen der Zielvereinbarungen können die CO₂-Reduktionsziele entsprechend den Möglichkeiten der Unternehmen festgelegt werden. Die zur Umsetzung der Ziele notwendigen Investitionen sind dabei immer rentabel. Über den Umweg der Einhaltung einer Zielvereinbarung werden die Unternehmen mit der Befreiung von der CO₂-Abgabe belohnt.

Anschluss an den EU-Emissionshandel muss möglich werden

Es gibt keine rationalen Gründe, von diesem Weg abzuweichen. Unabhängig davon, wie hoch die international gesetzten Ziele ab 2012 sein werden, liegt es auf der Hand, dass das bestehende schweizerische CO₂-Regime grosse Vorteile hat und im internationalen Vergleich eine kostengünstige und pragmatische Lösung darstellt. Die künftige Klimapolitik muss daher ebenfalls auf Praxisnähe und Machbarkeit ausgerichtet sein. Marktorientierte Lösungen, insbesondere der Handel mit Emissionszertifikaten, müssen auch in Zukunft möglich sein. Alleine auf die Schweiz bezogen, ist der Markt für Emissionszertifikate zu klein. Deshalb muss es möglich werden, in der Schweiz tätige Betriebe an den Emissionshandel der EU anzuschliessen. Eine komplizierte Regelung, die nur mit neuen kostentreibenden Vorschriften umsetzbar wäre, muss vermieden werden. Immerhin besteht im Rahmen des neuen CO₂-Gesetzes die Absicht, dass sich die Schweiz zukünftig verstärkt am EU-Markt für Emissionszertifikate beteiligt und ein gemeinsamer Binnenmarkt für Emissionsrechte entsteht.

► Marktorientierte und praxisbezogene Lösungen müssen die künftige Klimapolitik bestimmen.

Die Wirtschaft ist bereit, auch in der Periode 2012 bis 2020 einen wesentlichen Beitrag zur Lösung beizusteuern. Dazu benötigt sie jedoch auch weiterhin einen möglichst grossen Handlungsspielraum.

Was kann von Durban erwartet werden?

► Ob die Industriestaaten an ihren Finanzierungszusagen zugunsten der Entwicklungsländer festhalten, ist ungewiss.

Grünes Licht einzig für technische Umsetzungsfragen

Ganz ohne Resultate wird die Klimakonferenz von Durban nicht enden. Grosse Durchbrüche um das seit dem Gipfel von Cancún anvisierte Ziel, die Erwärmung der Erdatmosphäre gegenüber der vorindustrialisierten Zeit unter zwei Grad zu halten, werden jedoch fehlen. Beschlussreif sind jene Modalitäten, die für die Finanzierung von Anpassungs- und Klimaschutzmassnahmen in den Entwicklungsländern angekündigt wurden. Anlässlich der Klimakonferenz von 2009 in Kopenhagen haben die Industriestaaten den Entwicklungsländern bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt. Ob solche Beträge nach wie vor zugesichert werden können, muss im Lichte der aktuellen Schuldenkrisen in den USA, der EU und Japan neu beurteilt werden. Jedenfalls würden die in Durban zu beschliessenden Modalitäten es erlauben, Gelder an die Entwicklungsländer zu verteilen. Beschlussreif sein könnten auch die neuen Anforderungen zur Berichterstattung zu klimapolitischen Fortschritten der einzelnen Staaten. Vorgesehen ist auch eine Einigung zu Mechanismen, um das gegenseitige Vertrauen unter den Mitgliedern zu stärken und den Erfahrungsaustausch zu Best Practice zu verstärken. In der Verhandlungspipeline wartet zudem ein Mechanismus zur Verbesserung der technologischen Zusammenarbeit und zum Austausch zwischen den Staaten.

► Viele Staaten sind bereit, Reduktionen anzubieten – aber ohne internationale Verpflichtungen.

2011 sieht die Welt schon wieder anders aus

Mittlerweile haben sich viele Parameter verändert. Der Ölpreis hat mehrfach die Schwelle von 100 US-Dollar überschritten und pendelt sich je nach Konjunkturverlauf und Marktlage zwischen 80 und 100 US-Dollar ein. Die Automobilindustrie bietet eine riesige Palette verbrauchsgünstiger Fahrzeuge an. Neue Antriebstechnologien und Elektrofahrzeuge sind bereits marktreif oder werden in wenigen Jahren soweit sein. Die Verbesserung der Energieeffizienz und private und staatliche Investitionen in erneuerbare Energien haben weltweit Einzug gehalten. Die Renaissance der Kernenergie hat mit den Reaktorunfällen in Fukushima zwar einen Rückschlag erlitten. Viele Staaten setzen jedoch weiterhin auf Kernenergie, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und dennoch die Klimaschutzziele zu erreichen.

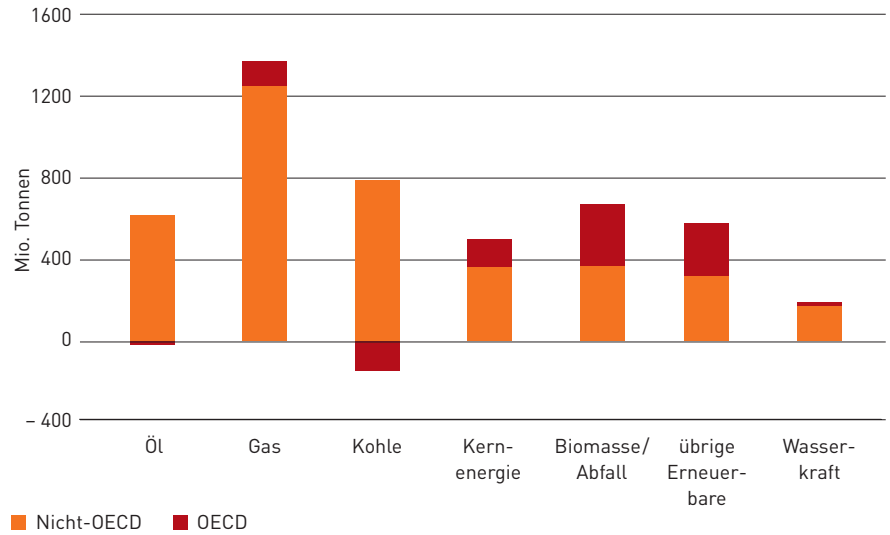
In kurzer Zeit haben zudem die neuen Möglichkeiten zur Gewinnung von Schiefergas den Erdgasmarkt revolutioniert. Heute wird von einer globalen Reichweite der Gasversorgung von über 200 Jahren ausgegangen. Die Preise für Erdgas haben sich innerhalb kurzer Zeit nahezu halbiert. Dies hat viele Länder ermutigt, bei der Stromproduktion von Kohle auf Gas umzusteigen und den CO₂-Ausstoss drastisch zu reduzieren. Auch China spricht von einer CO₂-ärmeren Entwicklung und sieht die Schaffung eines Emissionshandelssystems bis 2015 vor. Viele Staaten sind aufgrund dieser Entwicklungen bereit, CO₂-Einsparungen anzubieten, ohne jedoch neue völkerrechtliche Verpflichtungen übernehmen zu müssen.

Grafik 1

▶ CO₂-freie Energien haben vor allem in den Industrieländern eine Zukunft.

Wachstumstendenzen des Energieangebots bis 2035 in den Industrie- und Schwellen-/Entwicklungsländern nach Primärenergien

In Millionen Tonnen Erdöläquivalenten



Quelle: IEA World Energy Outlook 2011

▶ Die CO₂-Emissionen waren noch nie so hoch wie 2010.

Klares Signal aus Durban nötig

Trotz ermutigender Fortschritte in Technologie und Markt waren die weltweiten CO₂-Emissionen noch nie so gross. 2010 betrug der Ausstoss 30,4 Milliarden Tonnen CO₂ – rund 50 Prozent mehr als 1990 mit 20,9 Milliarden Tonnen. Die Konferenz von Durban sollte daher trotz internationaler Krisenstimmung klare Signale zur Verstärkung der global wirksamen Marktmechanismen aussenden. Nur so lässt sich ein Scheitern der Klimapolitik abwenden.

▶ Die internationale Energie-Agentur rechnet mit einer weiter steigenden Nachfrage nach allen Energieträgern.

Maximal zwei Grad Celsius Erwärmung ausser Reichweite?

Am 9. November 2011 publizierte die Internationale Energie-Agentur IEA ihren World Energy Outlook 2011. Ausgehend vom Vertrag von Kopenhagen, namentlich dem unverbindlichen Ziel, die Erwärmung der Erde gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, stellt der Bericht fest, dass die in verschiedenen Ländern angekündigten Massnahmen bei Weitem nicht ausreichen, das Zwei-Grad-Celsius-Ziel zu erreichen. Unerreichbar erscheint dieses Ziel gemäss den IEA-Projektionen nicht zu sein. Es müssten jedoch nach 2020 sehr aufwendige und teure Massnahmen ergriffen werden. Zur Transformation des globalen Energiesektors in der zur Verfügung stehenden Zeit bestehen laut IEA ernste Zweifel, insbesondere in Bezug auf die praktische Umsetzbarkeit der erforderlichen Emissionsverringerungen. Gemäss den IEA-Berechnungen ist ein weiterer Anstieg der Nachfrage nach allen Energieträgern zu erwarten. Trotz klimapolitischer Anstrengungen würde mehr als die Hälfte des Zuwachses auf fossile Energien entfallen. Erdgas, das im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen geringere CO₂-Emissionen verursacht und gegenüber früher besser gewonnen werden kann, wird ein stärkeres Verbrauchswachstum aufweisen.

Die falschen Rezepte in der Klimapolitik

► Protektionistische Massnahmen werden als Klimaschutz getarnt.

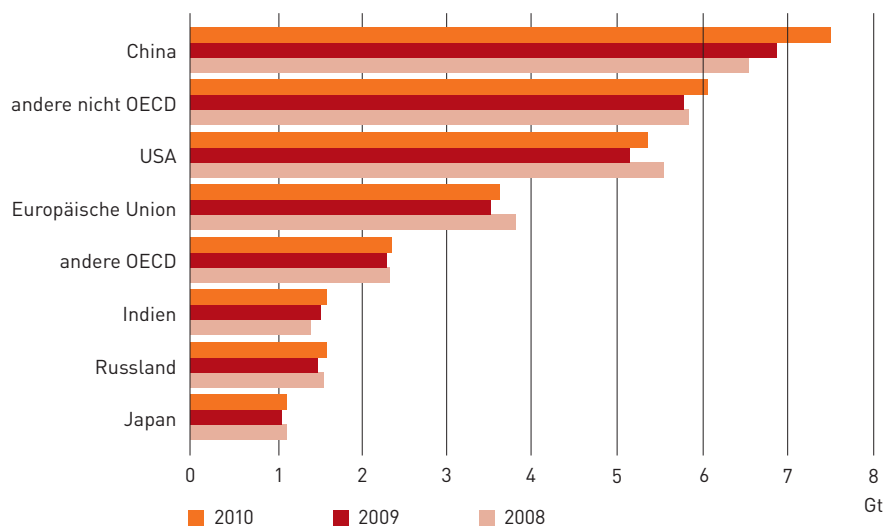
Strafzölle sind keine Lösung

Vor allem gegenüber China und Indien, die sich zu keinen Reduktionen verpflichten, ist der Druck gestiegen, deren CO₂-intensiven Produkte bei der Einfuhr mittels Strafzöllen zu verteuern. Auch in der EU wurden solche Forderungen immer wieder laut. Insbesondere Frankreich verlangte wiederholt EU-Strafzölle auf Produkte aus Ländern, deren CO₂-Emissionen ungebremst zunehmen. Solche handelspolitischen Massnahmen sind umstritten und ihre Wirksamkeit für den Klimaschutz ist höchst zweifelhaft. Nicht zuletzt verstecken sich protektionistische Absichten hinter dieser Forderung, die gravierende Folgen für den freien Handel haben könnten. Zudem sind Zölle auf den sogenannten «grauen CO₂-Emissionen» bei komplexeren Gütern und einer Vielzahl von Zulieferbetrieben und Herstellerländern nicht umsetzbar. Strafzölle, die auf strategisch wichtigen Gütern erhoben würden, würden vor allem die inländischen Nachfrager bestrafen und führten damit zu einem veritablen Eigentor für Staaten, die solche Strafzölle einführen wollten.

Grafik 2

► Starkes Wachstum der Emissionen trotz Wirtschaftskrise 2009 in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Energiebezogene CO₂-Emissionen verschiedener Staaten und Regionen
In Gigatonnen, 2008 bis 2010



Quelle: IEA World Energy Outlook 2011

► Subventionssysteme stossen früher oder später an Finanzierungsgrenzen.

Subventionen verzerren den Markt und sind nicht nachhaltig

Die Klimapolitik der EU beeinflusst zunehmend die Struktur der Industrie, insbesondere der energieintensiven Branchen. Neu kursieren deshalb Vorschläge der EU-Kommission für eine Subventionierung von Unternehmen, denen die EU-Klimapolitik Mehrkosten und Wettbewerbsnachteile verursacht. Dieser Vorschlag ist mehr als nur fragwürdig. Erhalten Unternehmen bestimmter Branchen vom Staat Zuschüsse, gehen relevante Preis- und Kostensignale verloren. Auch dürfte es schwierig sein zu unterscheiden, ob ein Unternehmen wegen interner betrieblicher Probleme nicht konkurrenzfähig ist oder Wettbewerbsnachteile tatsächlich durch die Vorschriften des EU-Emissionshandels entstanden sind. Damit besteht die Gefahr, dass mit staatlichen Mitteln Betriebe gestützt werden, die sich am Markt nicht mehr halten könnten. Der Eingriff des Staats in den Markt würde zur kostspieligen Strukturhaltung ohne Aussicht auf eine Erholung der betreffenden Unternehmen. Die Bereitstellung von Subventionen stösst früher oder später an Grenzen der Finanzierbarkeit, ganz be-

sonders angesichts der aktuellen Verschuldung vieler EU-Staaten. Sollten aus finanzpolitischen Gründen die Subventionen plötzlich ausbleiben, würden die strukturellen Anpassungen umso schmerzhafter ausfallen.

Schweiz kann wirtschaftlich profitieren

Ein wichtiger Treiber der Klimapolitik sind technische Innovationen

In Durban müssen wesentliche Weichenstellungen hinsichtlich einer realistischen globalen Klimapolitik vorgenommen werden. Ein wichtiger Treiber dafür sind technologische Innovationen. Gelingt es, die Schwellenländer und die Industrieländer auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen, dann wird die Schweiz auch wirtschaftlich profitieren. Wie aber soll das Ziel erreicht werden, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen? Offensichtlich ist, dass es politisch kaum einen Konsens gibt, mit welchen gesetzlichen Instrumenten und Verpflichtungen dies umgesetzt werden soll. Zu unterschiedlich sind die nationalen Konzepte in den USA und in China. Zu verschieden ist aber auch die Ausgangslage bei den in dieser Frage entscheidenden Staaten.

Fähigkeit, Wachstum und Emissionen zu trennen

Der Schlüssel zu einer Lösung dürfte wie so oft der Einsatz von Technologie sein. Effizientere Energieanwendungen, die Möglichkeiten zur Anpassung an Klimaveränderungen, aber auch vollständig neue technologische Innovationen, die die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken vermögen. Letztlich hängt die Klimapolitik von der Fähigkeit der Wirtschaft ab, den Wohlstand zu verbessern, bei einer gleichzeitigen Entkoppelung von Emissionen und Wachstum. Gerade in dieser Frage stehen sich Industrienationen und Schwellenländer sowie Entwicklungsländer in unterschiedlichen Lagern gegenüber. Während die Industrienationen einen effektiven Absenkpfad ihrer Emissionen erreichen müssen, streben Schwellen- und Entwicklungsländer weiteren Wohlstand an.

Internationalisierung reduziert das Risiko von «carbon leakage»

Von der internationalen Klimapolitik ist zweifellos auch die Schweiz betroffen. Jeder Schritt hin zu einem globalen Abkommen hat für die Schweiz zwei Vorteile: Zum einen sind wir heute schon ein Wirtschaftsstandort, in dem die Klimapolitik verantwortungsvoll umgesetzt wird. Das sogenannte «carbon leakage» – das Abwandern von Betrieben in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen – ist und bleibt ein Damoklesschwert für alle Länder, die den Klimaschutz gesetzlich verankert haben, und damit auch für die Schweiz. Mit der fortschreitenden Internationalisierung der Klimapolitik wird sich dieses Risiko jedoch reduzieren. Die Schweiz muss allerdings ihren Teil dazu beitragen, den Ausstoss von Treibhausgasemissionen zu vermindern – egal wo sie anfallen. Daraus ergeben sich bedeutende Chancen für die Schweiz: Wird ein globales Klimaabkommen erzielt, dann sind für die Umsetzung Länder mit guten technologischen Lösungen und Konzepten zur Eindämmung der Emissionen und Anpassung an den Klimawandel gefordert. Daraus erwachsen Exportchancen – auch ohne Zutun staatlicher Industriepolitik. Die Schweizer Wirtschaft ist hier mit einem vielfältigen Angebot an Produkten und Dienstleistungen sehr gut positioniert.

► Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländer verfolgen unterschiedliche Ziele.

► Internationale Klimapolitik eröffnet neue Exportchancen für Schweizer Firmen.

Fazit

► Erfolgreiche Massnahmen dürfen nicht nur rein aufs Inland fokussiert sein.

Den bisherigen Erfolgsmix bewahren

economiesuisse setzt sich dafür ein, dass die Schweiz eine aktive Rolle wahrnimmt und in Durban aufzeigt, wie eine künftige internationale Klimapolitik gestaltet werden kann. In der innenpolitischen Ausgestaltung der Rahmenbedingungen im neuen CO₂-Gesetz ist deshalb auch darauf zu achten, dass die Schweizer Massnahmen nicht nur inlands-, sondern auch auslandsorientiert sind. Der bisherige Mix an Inlands- und Auslandsmassnahmen ist der beste Garant, dass die Schweiz ihren klimapolitischen Beitrag im internationalen Kontext weiterhin optimal einbringen kann

economiesuisse organisiert Präsenz der Schweizer Wirtschaft in Durban: Taten statt Worte

Die Schweizer Wirtschaft ist im Rahmen des Schweizer Pavillons in Durban an der Klimakonferenz vertreten und stellt Lösungen vor, die als Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel in technologischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Sicht wirken. Die Koordination des Auftritts der Schweizer Wirtschaft wird durch economiesuisse wahrgenommen.

Die Schweizer Firmen und Verbände sind im Rahmen des Pavillons mit Informationsmaterial vor Ort. Ausserdem werden vom 28. November bis zum 9. Dezember täglich Videokonferenzen durchgeführt, um zu zeigen, wie technische und regulatorische Lösungen helfen können, den Klimawandel zu bekämpfen. Geplant sind täglich spannende Referate, wobei die Zuhörer im Schweizer Pavillon sind und der Referent in der Schweiz weilt und präsentiert – Fragen kann er über die direkte Liveschaltung beantworten. Mit dieser einfachen, klimafreundlichen Massnahme werden die Delegation aus 170 Ländern, die Medienvertreter und Vertreter der Nichtregierungsorganisationen auf die Schweiz aufmerksam.

Mit dabei sind unter dem Dach von economiesuisse die folgenden Unternehmen und Verbände:

- ▶ Siemens
- ▶ Credit Suisse
- ▶ Swisscom
- ▶ Swisscleantech
- ▶ öbu – Network for Sustainable Business
- ▶ hotelleriesuisse
- ▶ Cleantech Plattform (OSEC)
- ▶ SQS
- ▶ Swiss Re
- ▶ Energie-Agentur der Wirtschaft
- ▶ Stiftung Klimarappen
- ▶ My climate
- ▶ South Pole Carbon
- ▶ South Pole Carbon / Cornèr Bank

Weitere Informationen zur Präsenz der Schweizer Wirtschaft sind während der Klimakonferenz in Durban auch unter www.economiesuisse.ch zu finden.

Rückfragen:

urs.naef@economiesuisse.ch

dominique.reber@economiesuisse.ch

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich
www.economiesuisse.ch